



Zukunftskonferenz **Werte:** „Zeit für Verantwortung“

„Ist eine Zukunftskonferenz über Werte etwas für Langweiler und Weltfremde? Wo bleibt das Event, das Spektakuläre?“

Diese Frage stellte der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Christoph Böhr am 21. Mai zu Beginn der Zukunftskonferenz Werte in Berlin. Unter dem Motto „Zeit für Verantwortung“ diskutierten Unionspolitiker und zahlreiche Gäste über Themen wie Biotechnologie,

Sterbehilfe und – vor dem Hintergrund der Pisa-Studie – Bildungsfragen.

Die Diskussion über Werte nicht als „Nostalgie“ abblocken, forderte der Vorsitzende der CDU-Wertekommission und warnte davor, nach allem, was uns wertvoll und wichtig ist im Leben, nur dann zu fragen, wenn Katastrophen wie der 11. September oder die Bluttat in Erfurt geschehen sind.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

INTERVIEW

Deutsch-israelische Beziehungen im Zeichen von Solidarität und Verbundenheit. UiD-Gespräch mit Shimon Stein, Botschafter Israels in Deutschland

SEITE 16-19

DOKUMENTATION

Die Reden von Angela Merkel und Laurenz Meyer auf der Zukunftskonferenz Werte am 21. Mai in Berlin

INNENTEIL

■ „Zeit für Taten“ – die Union hat alle Chancen, den Wechsel zu schaffen. Kampagnenkonferenz in Karlsruhe (Seite 4-6) ■ Politische Meinung: Die Wechselstimmung ist handgreiflich geworden (Seite 6) ■ Wolfgang Böhmer: Wir sind es den Menschen in diesem Land schuldig, zügig an die Arbeit zu gehen (Seite 7) ■ Enormes Interesse an Stoibers *homepage*: 6,5 Millionen hits (Seite 8) ■ Edmund Stoiber auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen: Die Benesch-Dekrete vom Mai 1946 müssen endlich aufgehoben werden (Seite 9) ■ Wolfgang Lohmann: Ein Jahr Rentenreform. Zu Risiken und Nebenwirkungen der Riesterreute in der Krankenversicherung (Seite 12) ■ Angela Merkel: Nachhaltigkeit – die gemeinsame Verantwortung für unsere Erde (Seite 14) ■ Angela Merkel: Für eine konsequente Umsetzung des Staatsziels Tierschutz (Seite 15)

IMPRESSUM



Der Schlüsselbegriff der Diskussion ist die Menschenwürde

Fortsetzung von Seite 1

„Gerade junge Menschen fühlen sich im Spannungsverhältnis zwischen der scheinbar unbegrenzten Fülle von Lebensmöglichkeiten und der Unsicherheit der Lebensplanung allein gelassen“, betonte Böhr und fügte hinzu: „Unserer Gesellschaft scheint der Kompass abhanden gekommen zu sein.“

Die Antwort der CDU darauf sei das christliche Menschenbild, das die Würde und die Rechte des Menschen hoch halte und verteidige. Ohne Wenn und Aber. Dies müsse auch durch die Erziehung vermittelt werden, die mehr ist als nur Sozialisation und Bildung.

Gegen das Laborieren an Symptomen

Der Vorsitzende der Jugendkommission der Deut-

schen Bischofskonferenz, Franz-Josef Bode, plädierte dafür, auf die Katastrophe von Erfurt nicht mit Aktionismus zu reagieren. Der Ruf nach schärferen Gesetzen erinnere an das berüchtigte „Herumlaborieren an Symptomen“. Schlüsselbegriff der Wertediskussion ist die Menschenwürde. In Zeiten, in denen das Leben an seinem Anfang wie an seinem Ende – zunehmend verfügbar werde, müsse der nicht relativierbare Wert jedes Einzelnen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Standpunkte gewinnen

Zugleich sprach sich Bode für Religionsunterricht und gegen eine vermeintlich neutrale Religionskunde aus. Nur so könnten junge Menschen einen Standpunkt ge-

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Die Chancen des 22. September

„Nur Politik mit einem klaren Kompass, dem christlichen Menschenbild“, sagte die Parteivorsitzende in ihrer Rede, „ist wirklich wertgeleitete Politik.“ Eine Regierung brauche diesen Kompass, dieses Grundwerteverständnis. Sonst gehe ihre Botschaft, gehe ihr Projekt verloren.



„Nicht umsonst“, fährt Angela Merkel fort, „fragen sich viele Menschen, was eigentlich das Projekt, was eigentlich die innere Botschaft, der rote Faden dieser Legislaturperiode war. Und welcher ihnen denn von den Regierungsparteien für die Zeit nach dem 22. September angeboten wird.“

Zukunft gestalten

Auch das wird eine Folge eines möglichen

Regierungswechsels bei der kommenden Bundestagswahl sein: Mit der Union könnte wieder eine politische Kraft die Zukunft gestalten, die über diesen Wertekompass verfügt.

Hart arbeiten

Die Chance des 22. September ist es nicht nur, dass die Menschen in Deutschland, die hart für ihre Zukunft arbeiten, wieder eine Regierung bekommen, die hart für die Bürger arbeitet und das Land effizient führt.

Die Chance des 22. September ist nicht nur eine neue Regierung, die Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.

Sondern die Chance des 22. September heißt auch: wertgeleitetes Regieren.



winnen und müssten nicht orientierungslos im Diffusen herumstolpern.

Laurenz Meyer: Aktionismus führt hier nicht weiter

Zuvor hatte Generalsekretär Laurenz Meyer dazu aufgerufen, die Grundlagen einer Politik der Mitte zu bestimmen. Erfurt, die Pisa-Studie und die Diskussion um die Sterbehilfe hätten den Wertekonsens unserer Gesellschaft infrage gestellt. „Der Aktionismus der schnellen Antwort führt hier nicht weiter“, betonte auch Meyer. Er forderte dazu auf, die „eigentlichen Fragen“ zu stellen, die hinter den Phänomenen verborgen sind, und sie nach Kräften zu beantworten.

Angela Merkel für neue Balance zwischen Sicherheit und Risiko

Für mehr Eigenverantwortung der Bürger plädierte die Parteivorsitzende Angela Merkel. Die Menschen hätten die Kraft dazu. Zugleich sprach sie sich für eine neue Balance zwischen Sicherheit und Risiko aus. Das gelte auch für die sozialen Sicherungssysteme.

„Zeit für Taten“ – die Union hat alle Chancen, den Wechsel zu schaffen

„Mission: possible – wir schaffen den Wechsel“ – das Motto des Videoclips zum Sommercamp für die Mitarbeiter der Bundestagskandidaten hätte auch über der gesamten Veranstaltung stehen können. Über 450 Teilnehmer aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland waren am 14. Mai zur zweiten Kampagnenkonferenz in die voll besetzte Stadthalle nach Karlsruhe gekommen, um von Generalsekretär **Laurenz Meyer** und Bundesgeschäftsführer **Willi Hausmann Näheres** über Strategie und Planung des Bundestagswahlkampfes zu erfahren.

Begrüßen konnte der Generalsekretär der CDU im Südwesten, Volker Kauder, den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller, den baden-württembergischen Innenminister Thomas Schäuble und den rheinland-pfälzischen Generalsekretär Claudius Schlumberger. Seinen Landesverband forderte Kauder auf, die 1998 verlorenen Direktmandate zurückzuholen und da-



mit erneut „alle Wahlkreise im Land“ zu erringen. Rund vier Monate vor der Bundestagswahl sei die Ausgangslage hierfür günstig.

Umfragedaten zeigen Wechselstimmung

Laurenz Meyer bestätigte diese Einschätzung in seinem rund einstündigen Vortrag, der sich vor allem mit den strategischen Wahlkampfplanungen beschäftigte. Die Auswertung der Umfragedaten belegen Wechselstimmung. Außerdem erhalte der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, durchweg sehr gute Kompetenzwerte. Immer mehr Menschen würden ge-

rade seinem wirtschaftspolitischen Sachverstand vertrauen. Der Bundeskanzler könne hier schon lange nicht mehr mithalten.

Die Union sei gut aufgestellt, die SPD verunsichert. Für Meyer zeigt sich dies auch daran, dass es der Wahlkampfzentrale der Sozialdemokraten, der „Kampapa“, bislang nicht gelungen ist, eine strategische Linie gegen den Kanzlerkandidaten der Union zu finden. Die Wahlkämpfer der SPD hätten Edmund Stoiber völlig falsch beurteilt und wohl auch unterschätzt. Mittlerweile werde die strategische Konzeption fast wöchentlich gewechselt.

„Machnig ist nackt“, zitierte Meyer aus Pressekom-

mentaren. Der als „Zauberer“ der Bundestagswahl von 1998 stilisierte SPD-Wahlkampfleiter habe seinen Nimbus verloren. Dem anfänglichen Konzept eines Kultur- und Lagerwahlkampfes folgte zuerst die Zuspitzung auf Gerhard Schröder („der oder ich“), sodann der Versuch, mit einem „personalisierten Richtungswahlkampf“ zu punkten.

Reformen jetzt anpacken

„Die SPD ist 1998 stehen geblieben. Sie hat nichts hinzugelehrt“, resümierte Meyer. Die Union habe sich dagegen nicht nur programmatisch erneuert, sondern weise in den von ihr regierten Ländern durchweg positive Ergebnisse vor. Reformen sind notwendig, erklärte Meyer, und sie müssen jetzt angepackt werden. Rot-Grün sei hierzu nicht in der Lage. Die Regierungsbilanz nach vier Jahren ist entsprechend mager. Zwar habe Rot-Grün bereits sieben Bundesminister verschlissen, doch die Kabinettsmitglieder seien weiterhin vorwiegend damit beschäftigt, Negativschlagzeilen zu produzieren. Darüber hinaus habe die Politik der „ruhigen Hand“ Deutschland bei-

spielsweise beim Wirtschaftswachstum die „rote Laterne“ im europäischen Vergleich eingebracht.

Willi Hausmann wählte zum Einstieg in seinen Vortrag ein Bild aus der Welt des Sports und verglich den Bundestagswahlkampf mit einer Marathonstrecke. Von den 42 Kilometern seien bislang rund 20 zurückgelegt; und die SPD habe bereits gehörig Muskelkater. Die restliche Wegstrecke – insbesondere der Endspurt – müsse gut vorbereitet werden. „damit wir am 22. September gemeinsam, erfolgreich und als erste durchs Ziel gehen“.

Der Bundesgeschäftsführer berichtete über die unterschiedlichen Wahlkampfphasen und ihre jeweilige strategische Ausrichtung. Hausmann betonte, dass neben Angriffen auf den politischen Gegner vor allem die Kompetenz der Union in den Vordergrund gestellt werden müsse. Als Beispiel nannte er die Familienpolitik. Rot-Grün versuche derzeit, die Konzeptionen der Union als altmodisch darzustellen. Dies sei jedoch völlig falsch, da das Regierungsprogramm gerade eine



moderne, auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Konzeption bietet.

Schwerpunkt: Kandidatenservice

Ausführlich erläuterte der Bundesgeschäftsführer sodann den Zeitplan und die einzelnen Veranstaltungen, die Werbemittel und die Internet-Aktivitäten. Einen Schwerpunkt bildete dabei der für den Bundestagswahlkampf deutlich erweiterte und modernisierte Kandidatenservice. ▶

Wie Laurenz Meyer betonte auch Willi Hausmann: Die „Zeit für Taten“ ist gekommen. Das gelte sowohl für die politisch Verantwortlichen als auch für alle Mitglieder, damit sie jetzt noch ein Mal gemeinsam die Ärmel hochkrepeln. Dann, so das Fazit der beiden Vorträge, besitzt die Union alle Chancen, den Wechsel zu schaffen.

In der abschließenden, von Claudius Schlumberger geleiteten Aussprache wurden vor allem die bislang erreichte Geschlossenheit und der gelungene Schulterchluss mit der CSU gelobt. Die Union biete den Sozialdemokraten derzeit keine Angriffsfläche, erklärte Laurenz Meyer. Angela Merkel und Edmund Stoiber arbeiten harmonisch zusammen. Insofern hätten sich die Cassandra-Rufe zahlreicher Auguren nicht bewahrheitet. Zum Abschluss schwor auch Peter Müller die Teilnehmer nochmals darauf ein, gemeinsam am Erfolg der Union mitzuarbeiten.

Großes Interesse und positive Resonanz fanden die von der Bundesgeschäftsstelle an einem speziellen Informationsstand vorgestellten neuen Informations- und Werbemittel zur Bundestagswahl.

Die Wechselstimmung ist handgreiflich geworden

Was Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf so glanzvoll geglückt ist und was er im Jahr 2002 so fürchten muss wie der Teufel das Weihwasser, ist jetzt eingetreten. Mit dem desaströsen Absturz der SPD in Sachsen-Anhalt und dem phönixartigen Aufstieg der CDU ist die Wechselstimmung im Jahr der Bundestagswahl handgreiflich geworden.

Rot-Grün ist abgestraft wurden

Die sachsen-anhaltinischen Wähler haben eine Landesregierung abgestraft, die sie in allen sozioökonomischen Strukturdaten zum Schlusslicht im innerdeutschen Ländervergleich hat werden lassen. Das bietet keine schöne Aussichten für die Berliner Regierungskoalition, die Deutschland auf den letzten Rang in der Europäischen Union geführt hat.

Die SPD verdankt diese katastrophale Entwicklung in Sachsen-Anhalt Reinhard Höppner. Er war

der unpopulärste aller Ministerpräsidenten, der sich des historischen Verdienstes rühmte, das Magdeburger Modell erfunden zu haben, nämlich die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Nachfolgepartei der SED, die PDS.

Höppner wollte die PDS durch diese Art der Zusammenarbeit entzubern. Der SPD ist die Kröte PDS schlecht bekommen. Am 21. April fiel sie von Platz eins im Jahre 1998 auf Platz drei hinter der PDS zurück.

Die Erwartungen der SPD sind zu Eis erstarrt

Dieses Detailergebnis lässt die mit den SPD-PDS-Regierungsbündnissen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin verbundenen hoffnungsfrohen Erwartungen zu Eis erstarren. Die SPD ist offensichtlich unfähig, von dieser Art der Zusammenarbeit zu profitieren.

aus: Politische Meinung, Mai 2002

WOLFGANG BÖHMER:

Wir sind es den Menschen schuldig, zügig **an die Arbeit** zu gehen

Sachlich und fair

Sie haben die größte Veränderung zwischen den großen Parteien CDU und SPD herbeigeführt, die es je in der Bundesrepublik gab, verehrter Wolfgang Böhmer.



Es gelang Ihnen ohne Spaßplakate, Zahlen auf Schuhsohlen oder TV-Spektakel. Sie gaben dem nötigen Ernst und nüchternen Solidität in der Politik wieder den gebührenden Raum.

Selbst als Sie jetzt zum neuen Regierungschef Sachsen-Anhalts gewählt wurden, stahl sich kein Lächeln auf Ihr Gesicht. Obwohl sogar drei Abgeordnete der Opposition für Sie stimmten. Sie blieben, wie Sie Wahlkampf führten: bescheiden, sachlich, fair.

Welt am Sonntag

Es waren nach dem 21. April nur wenige Gesprächsrunden erforderlich, um mit der FDP über die inhaltlichen Fragen und politischen Ziele Einigung zu erzielen.

Die Koalitionsvereinbarung wurde von den Partnern in Rekordzeit erarbeitet, einstimmig verabschiedet, und nur wenige Tage später von den Landesparteitagen beider Parteien beschlossen.

Die neue Landesregierung hat sich vorgenommen, das Ansehen von Sachsen-Anhalt zu verändern und das Bundesland zu einem attraktiven Standort zu machen. Wir haben uns vorgenommen, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen

des Landes zu stabilisieren. Wir werden den Ausbau der Infrastruktur auf allen Ebenen vorantreiben und die Lage Sachsen-Anhalts mitten in Europa als Standortvorteil für unser Bundesland nutzen. Die innere Verwaltung des Landes muss modernisiert und effizienter gemacht werden.

Wir wollen Sachsen-Anhalte als ein Kernland deutscher und europäischer Geschichte über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt machen. Wir sind es den Menschen in Sachsen-Anhalt schuldig, dass wir zügig an die Arbeit gehen. Wir werden noch vor der Sommerpause die ersten Gesetzesinitiativen verabschieden.

DIE NEUE LANDESREGIERUNG

- Ministerpräsident: Prof. Dr. Wolfgang Böhmer ■ Wirtschaft und Arbeit: Dr. Horst Rehberger (FDP) ■ Finanzen: Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (FDP) ■ Inneres: Klaus Jesiorsky (CDU) ■ Justiz: Curt Becker (CDU) ■ Bau und Verkehr: Dr. Karl-Heinz Daehre (CDU) ■ Kultus: Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) ■ Landwirtschaft und Umwelt: Petra Wernicke (CDU) ■ Gesundheit und Soziales: Gerry Kley (FDP) ■ Staatskanzlei: Staatsminister Rainer Robra (CDU)

Enormes **Interesse** an Stoibers Homepage: 6,5 Millionen Hits

In den ersten 24 Stunden wurden auf der neuen Internetpräsenz von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber rund 6,5 Millionen so genannter Hits registriert.

Über 100.000 Besucher tummelten sich alleine am ersten Tag auf der Webseite Stoibers, die ihn vor allem von seiner persönlichen Seite zeigt. Damit dürfte www.stoiber.de einen neuen deutschen Rekord unter den politischen Internetseiten aufgestellt haben.

„Dass die Seiten so gewaltig einschlagen werden, hat uns alle positiv überrascht“, freute sich Michael Spreng, der Leiter des Stoiber-Teams. Besonders stolz sind die Macher der Seiten darauf, dass die Besucher sich ungewöhnlich lange in dem Angebot aufhalten und viele Seiten durchklicken. „Das zeigt uns, dass wir hier den Menschen Stoiber aus einem Blickwinkel zeigen, den viele vielleicht noch nicht kannten“, so Spreng.

Rund 99 Prozent der Besucher kamen aus Deutschland. Aber die Seite wurde auch aus 62 weiteren Ländern aufgerufen. Hinter der

Internetpräsenz steht eine professionelle Technik. Die Webseite ist über eine Ein-Gigabyte-Leitung ans Internet angebunden und gewährleistet auch bei extrem hohen Zugriffszahlen einen raschen Aufbau. „Die Homepage ist trotz der Rekordzugriffszahlen nicht abgestürzt“, so Spreng. Die Downloadrate beträgt teilweise bis zu 15 Megabit. Dabei sind noch nicht mal die abrufbaren Videos eingerechnet, die bei einem darauf spezialisierten Provider gehostet werden.

IM INTERNET-CAFÉ

... „Sushi & Surf“
– Berlin-Mitte unweit der Hackeschen Höfe – hat letzte Woche der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, die neue Vollversion seiner Homepage präsentiert. „Im positiven Sinne ungewöhnlich“ nannte er www.stoiber.de; denn die Website zeigt ihn nicht nur als Staatsmann und Kanzlerkandidat, sondern auch privat.

Stoiber **siegt** gegen Schröder

Die geplanten TV-Duelle zwischen den Kanzlerkandidaten der großen Parteien versprechen spannend zu werden. Nach dem Urteil der Leser von Handelsblatt.com hat Medienkanzler Schröder seine Favoritenrolle bereits verspielt, bevor das Drehbuch für die beiden TV-Duelle steht.

Aus dem „Fernsehduell“, das vor kurzem im ZDF mit den beiden Kandidaten getrennt stattgefunden hat, geht Herausforderer Stoiber klar als Sieger hervor.

Knapp 60 Prozent der Leser, die an der Umfrage teilgenommen haben, gaben Kanzler Schröder für seinen Auftritt die Note „nicht überzeugend“. Das Ergebnis der Umfrage zu Stoibers Auftritt eine Woche vorher zeigte das umgekehrte Bild. Knapp 60 Prozent urteilten, Stoiber habe eine überzeugende Vorstellung gegeben.

EDMUND STOIBER:

Die Benesch-Dekrete vom Mai 1946 müssen **endlich** aufgehoben werden

Es geht nicht um Zukunft oder Vergangenheit. Es geht um Zukunft im Bewusstsein der Vergangenheit.

Da die Vertreibung von Anfang an Unrecht war, ist doch die Frage: Wie gehen wir heute mit diesem Unrecht um? Zunächst einmal ist deutlich festzuhalten: Auf Unrecht darf nicht neues Leid folgen!

Niemand unter den Sudetendeutschen möchte auch nur einer tschechischen Bürgerin oder einem tschechischen Bürger Angst machen. Es ist doch bemerkenswert, dass gerade dort, wo die Sudetendeutschen hinkommen, nämlich in ihre alte Heimat, die Emotionen gegen sie wesentlich geringer sind als im Innern Böhmens. Das zeigt: Begegnung baut Ängste ab. Ihr Einsatz für Kirchen, für Friedhöfe, für eine objektive Beurteilung der Geschichte, für ein friedliches Miteinander wird anerkannt.

Niemand unter den Sudetendeutschen möchte auch nur eine tschechische Bürgerin oder einen tschechischen Bürger verdrängen oder vertreiben. Die Sudetendeutschen haben am ei-



Aus der Rede auf dem Sudetendeutschen Tag am 19. Mai in Nürnberg

genen Leib erfahren, was Vertreibung, Entrechtung und Enteignung für Menschen bedeutet. Das wünschen sie niemandem.

Niemand unter den Sudetendeutschen möchte die tschechische Republik destabilisieren. Ganz im Gegenteil: Sie wollen Verständigung. Alles, was an Ängsten bei den Menschen in der tschechischen Republik da ist, alles, was von bestimmter Seite an Ängsten geschürt wird, entbehrt jeglicher Grundlage.

Aber die Sudetendeutschen wünschen, dass das Unrecht der Vertreibung benannt, bedauert und geheilt wird. Und am besten ist diese

Heilung möglich, wenn die Betroffenen miteinander über die Vergangenheit sprechen. Der direkte, offene, vorurteilsfreie und angstfreie Dialog ist der beste Weg zur guten Nachbarschaft.

Es muss darüber gesprochen werden, dass die Benesch-Dekrete heute noch die deutsche Minderheit in der tschechischen Republik diskriminieren.

Es muss darüber gesprochen werden, wie das Recht auf Heimat verwirklicht werden kann. Die Benesch-Dekrete haben den Sudetendeutschen die Heimat genommen. Den Sudetendeutschen unabhängig von der Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union das Recht auf die Heimat einzuräumen, wäre ein großer Schritt in ein Europa des Rechts.

Es muss jenes unsägliche Gesetz vom Mai 1946, das Verbrechen an Deutschen und Ungarn für rechtmäßig erklärte und diese straffrei stellte, endlich aufgehoben werden.

[http://](http://www.bayern.de/Presse-Info/Reden)

Voller Wortlaut:
[www.bayern.de/](http://www.bayern.de/Presse-Info/Reden)
Presse-Info/Reden

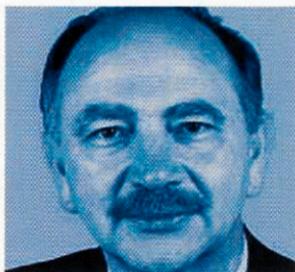
Die Gemeindefinanzreform ist nichts anderes als ein rot-grünes **Placebo**

Zur konstituierenden Sitzung der Kommission zur Vorbereitung einer Gemeindefinanzreform erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit beispielloser Verantwortunglosigkeit hat die Regierung Schröder die deutschen Kommunen in eine schwere strukturelle Finanzkrise hineingetrieben.

Aufgabenverlagerung auf die Städte, Gemeinden und Kreise ohne entsprechenden Finanzausgleich und Raubbau an den kommunalen Einnahmen – damit haben Schröder, Eichel und Co. die eigenen politischen Handlungsspielräume auf Kosten der demokratischen kommunalen Selbstverwaltung ausgeweitet.

Rot-Grün hatte in seinem Koalitionsvertrag von 1998 eine grundlegende Überprüfung der Gemeindefinanzreform angekündigt. Nichts geschah. Erst als immer mehr Kommunen ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen konnten, Theater, Schwimmbäder und Musikschulen geschlossen werden mussten, Schulen, Straßen, Parks, In-



nenstädte und öffentliche Gebäude in verfallenen Zustand gerieten, erst da regte sich die „ruhige Hand“.

Die Kommunen können ihre Investitionsaufgaben nicht mehr wahrnehmen. Binnen zehn Jahren sind die Investitionen um über 30 % eingebrochen. Das ist ungefähr der Betrag, den sie für vom Staat verordnete soziale Aufgaben mehr aufwenden müssen.

Den demokratisch gewählten kommunalen Parlamenten bleibt kaum noch etwas zu tun, als den Aufsichtsbehörden Kürzungsvorschläge zu unterbreiten.

Die „ruhige Hand“ regte sich sehr langsam. Über ein halbes Jahr hat Rot-Grün die Kommission von der Ankündigung am 21. November 2001 bis zur konstituierenden Sitzung hinausgezögert.

Gegen das Votum von CDU und CSU und der kommunalen Spitzenverbände will Rot-Grün nun eine abgespeckte Minimalreform. Die Zukunft der Gewerbesteuer und Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen im Mittelpunkt stehen.

Wir wollen mehr:

■ Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben der Kommunen müssen insgesamt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Kommunen brauchen mehr finanziellen Handlungsspielraum für originäre sogenannte Selbstverwaltungsaufgaben. Nur dann macht die örtliche Demokratie Sinn.

■ Die Kommunen brauchen besseren Schutz vor Aufgaben- und Kostenverlagerung ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich. Dafür muss dem Konnexitätsprinzip (*Wer bestellt, bezahlt*) volle Geltung verschafft werden. Dafür brauchen die Gemeinden bessere Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsverfahren und bei Bundes- und Länderentscheidungen, die sie betreffen.

FRIEDRICH AUSTERMANN:

Steuereinnahmen brechen weg – Eichels Brüsseler **Versprechen** nicht zu halten

**Zu den Ergebnissen der
Steuerschätzung erklärte
der haushaltspolitische
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion:**

Stagnation, Rezession und steigende Arbeitslosigkeit führen zusammen mit einer falsch konstruierten Steuerreform dazu, dass alle öffentlichen Haushalte in den Jahren 2002 bis 2005 gegenüber der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 2001 konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen von 65 Mrd. € hinnehmen müssen.

Dank Minderabführungen an die EU liegen die Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2002 „nur“ um 2,8 Mrd. € unter dem Haushaltsansatz. Gleichwohl dürfte die Nettokreditaufnahme (21,1 Mrd. € im Soll) auf dann rd. 24 Mrd. € steigen und nahe an die Verfassungsgrenze des Artikel 115 GG kommen, wonach die Nettokreditaufnahme nicht höher sein darf als die Investitionen (25,0 Mrd. €). Jetzt rächt sich bitter, dass Eichel bei seiner Finanzpolitik keinerlei wirtschaftspolitisches Leitbild hat. Wer - wie Rot-Grün - im-



mer neue Hürden für mehr Wachstum und Beschäftigung errichtet hat und am Jahresanfang 2002 den Investoren und Konsumenten rd. 5 Mrd. € durch Steuererhöhungen (Ökosteuer, Tabak- und Versicherungssteuer, Schwefelsteuer) aus der Tasche gezogen hat, der handelt ökonomisch verantwortungslos und muss sich über Kaufzurückhaltung nicht wundern.

Schlusslicht in Europa

Verantwortungslos und illusionär hat Eichel auch gehandelt, als er zur Vermeidung eines „Blauen Briefes“ aus Brüssel versprach, bis zum Jahr 2004 einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen. Unter rot-grüner Verant-

wortung ist Deutschland mit einem Defizit von 2,7 vH im Jahr 2001 und 2,8 vH in diesem Jahr Schlusslicht in Europa geworden, während wir im Jahr 1998 mit 1,7 vH im Mittelfeld lagen. In allen europäischen Ländern ist das Staatsdefizit seit 1998 gesunken, nur in Deutschland ist es aufgrund der schlechten rot-grünen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik gestiegen.

Angesichts der wegbrechenden Steuereinnahmen - allein in den Jahren 2002 bis 2004 werden das für alle öffentlichen Haushalte 47 Mrd. € sein - ist bei einem „Weiter so“ Eichels Brüsseler Versprechen völlig unrealistisch und blanke Illusion, zumal er ein von den Wirtschaftsforschungsinstituten geforderter Sparprogramm von 16 Mrd. € abgelehnt hat.

Die wichtigste Aufgabe einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung ab Herbst 2002 wird es sein, die Kräfte für das Wachstum zu stärken und den Arbeitsmarkt von seinen Fesseln zu befreien, um mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslose zu erreichen.

UD

Ein Jahr Rentenreform

Anlässlich der seit einem Jahr bestehenden Rentenreform erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wohl dem, der neben den wichtigsten 100 Fragen zur Riesterrente auch geklärt hat, wie sich die unterschiedlich förderfähigen Produkte der Riesterrente auf seine Beiträge zur Krankenversicherung im Alter auswirken.

Wer eine Rente aus der betrieblichen Altersversorgung bezieht, muss nämlich Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner entrichten. Wer hingegen Einnahmen aus einem privaten Altersvorsorgevertrag erzielt, zahlt keine Krankenkassenbeiträge. Entschei-

ZU RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN DER RIESTERRENTE IN DER KRANKENVERSICHERUNG

dend für die Entstehung der Beitragspflicht ist, dass die Versorgungsbezüge in einem Bezug zum Erwerbstatus stehen.

Dies ist bei der Betriebsrente der Fall, bei einer echten privaten Altersvorsorge nicht. Bei der Auswahl der förderfähigen Riester-Produkte wird nun aber nicht auf diese für das Alter zentralen Unterschiede hingewiesen. Deshalb werden die Risiken manchem erst im Rentenalter bewusst.

Auch die heutigen Rentnerinnen und Rentner haben trotz zehntem Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch das Gefühl, ungleich in der Krankenversicherung der Rentner behandelt zu werden. Rentner mit hohem Renteneinkommen werden durch dieses Gesetz begünstigt, Rentner mit geringem Renteneinkommen benachteiligt, Frauen mit Kleinstrenten sogar bestraft.

Nun wird diese Reihe ergänzt durch die unterschiedlichen Auswirkungen der Riesterrente auf die Krankenversicherung der Rentner. Das Vertrauen der Bürger in das solidarisch finanzierte Sozialversicherungssystem wird durch derartige Gesetze nicht gestärkt.

Vier-Punkte-Plan übergeben

Der Deutsche Multimedia Verband (dmmv) hat Generalsekretär Laurenz Meyer einen Vier-Punkte-Plan zur „Stärkung der digitalen Wirtschaft“ übergeben. „Im Vorfeld der Bundestagswahl wollen wir sicher stellen, dass die Unternehmen der digitalen Wirtschaft in Zukunft ihre Wachstumspotenziale ausschöpfen können“, sagte dmmv-Präsident Rainer Widmann bei der Übergabe des Plans im Konrad-Adenauer-Haus.

Arbeitsmöglichkeiten anbieten

Perspektiven für eine neue Beschäftigungspolitik hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Christian Wulff, aufgezeigt. Es spricht sich für die Schaffung Hundertter von lokalen Bündnissen für Arbeit aus. Deren Aufgabe: auf regionaler Ebene sinnvolle Aktivitäten für eine Verbesserung der Arbeitsmarktentwicklung anstoßen. Zusätzlich: Service-Agenturen sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfempfangern Arbeitsmöglichkeiten anbieten.

LOBENDE WORTE für Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber hat der designierte neue DGB-Vorsitzende Michael Sommer gefunden: Stoiber zeichne eine „durchaus pragmatische Politik aus, die wir mittragen“. Als Beispiele nannte Sommer ■ das bayerische Bündnis für Arbeit, ■ das Weiterbildungsgesetz und ■ das Vergabegesetz.

NUN DOCH NOCH will sich der DGB mit einer Kampagne in den Bundestagswahlkampf einschalten. Wie 1998 soll die Aktion unter dem Motto „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ stehen. DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer: „Die Aktion wird allerdings nicht für eine bestimmte Partei eintreten.“ Ziel des DGB sei es, im Interesse seiner Mitglieder möglichst viele seiner Vorstellungen bei allen Parteien unterzubringen.

WEITER GESUNKEN ist nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden die Zahl der Erwerbstätigen: in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 136.000 oder 0,4 Prozent auf 38,2 Millionen. Besonders viele Arbeitsplätze sind im Baugewerbe verloren gegangen. Entsprechend nahm auch die Arbeitszeit ab.

DIE AUSICHTEN von Arbeitslosen auf einen neuen Job sind einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge je nach Alter, Geschlecht, Ausbildungsgrad und Gesundheitszustand sehr unterschiedlich. Die Wiedereingliederung werde um so schwieriger, je mehr ungünstige Faktoren zusammenträfen. Auch ein großes Engagement der Erwerbslosen bei der Stellensuche könne dies oft nicht ausgleichen.

DEUTLICH WENIGER als im Vorjahresmonat hat die deutsche Industrie im März umgesetzt. Um 9,2 Prozent auf 111,6 Milliarden Euro (ohne Umsatzsteuer) sind die Erlöse im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau gesunken. Der Auslandsumsatz lag um 4,2 Prozent unter dem Niveau der ersten drei Monate 2001. Die Beschäftigung sank um 2,4 Prozent auf 6,2 Millionen Arbeitnehmer.

VOLL ERFASST von der wirtschaftlichen Flaute in der Medienbranche ist die deutsche Fachpresse. Umsatz und Auflage gingen im vergangenen Jahr um 13 Prozent zurück. Hauptgrund für das Minus: der Einbruch im Anzeigengeschäft um 15 Prozent. Verbandssprecher

Reinhold Welina: „Konsequenzen für die Zahl der Beschäftigten sind nicht auszuschließen.“

DOPPELVERDIENER in der Europäischen Union nehmen zu. Das gelte auch für Paare mit Kindern, stellt das EU-Statistikamt Eurostat fest. In Großbritannien arbeiten knapp 80 Prozent aller Paare ohne Nachwuchs. Deutschland liegt mit 70 Prozent an zweiter Stelle. Den geringsten Anteil an kinderlosen Doppelverdienern hat mit 42 Prozent Spanien. Bei Paaren mit Kindern dagegen erreicht Portugal den höchsten Doppelverdiener-Anteil mit 74 Prozent. Deutschland liegt mit gut 60 Prozent im Mittelfeld.

SCHMIERGELDER in Russland belaufen sich jährlich auf rund 40 Milliarden Euro. Das ist die Hälfte des Staatshaushalts. Allein drei Milliarden Euro zahlen russische Bürger für einfache Dienstleistungen des Staates. Wohlwollende Behandlungen durch Ärzte und Klinikpersonal werden erkaufte und Studienplätze für die Kinder. Mit 300 Millionen Euro wird sogar der Gang der Gerechtigkeit vor russischen Gerichten beeinflusst. **UD**

Nachhaltigkeit – die gemeinsame Verantwortung für unsere Erde

Die Parteivorsitzende hat bekräftigt, dass die Globalisierung – sofern sie richtig gestaltet werde – mehr Chancen als Risiken mit sich bringe.

„Die Alternative zur Globalisierung wäre Isolation“, sagte Merkel am 16. Mai im Deutschen Bundestag. Um den Menschen die Ängste vor der Globalisierung zu nehmen, müsse die Politik konsequent die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft anwenden.

Alte ideologische Vorhaben aufgeben

Die Parteivorsitzende forderte Rot-Grün auf, sich im Interesse einer nachhaltigen Politik von „alten ideologischen Vorhaben“ zu verabschieden. Stattdessen seien effiziente Konzepte gefragt, beispielsweise bei der CO₂-Minderung.

Während die frühere Bundesregierung über Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und Wärmedämmung Erfolge erzielt habe, könne Kanzler Schröder nicht erklären, wie er die angepeilte

Reduzierung der CO₂-Emissionen auf 25 Prozent im Jahr 2005 erreichen wolle.

Die Grundsätze:

■ Die Forderung nach Nachhaltigkeit stellt einen hohen Anspruch: den heutigen Bedürfnissen so nachzukommen, dass auch künftige Generationen die Option haben, ihre Bedürfnisse erfüllen zu können.

■ Nachhaltigkeit ist kein modernes Synonym für Ökologie. Dass Nachhaltige Entwicklung neben der ökologischen Komponente auch die ökonomische und die soziale Seite beinhaltet (Dreisäulen-

konzept), hat gerade auch Rio 1992 betont.

■ Nachhaltige Politik muss jede Maßnahme daraufhin prüfen, ob sie das hohe Ziel gefährdet oder fördert.

Damit ist klar, dass Nachhaltigkeit ■ eine Querschnittsaufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ■ eine möglichst international abgestimmte Politik, ■ eine Langfristauf-

[http://](http://www.cdusu.de)

Wortlaut der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossenen Eckpunkte für eine Nachhaltige Entwicklung:
www.cdusu.de

Tierschutz wird Staatsziel

Der Bundestag hat am 17. Mai mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz beschlossen. Damit wird der Tierschutz zum Staatsziel erhoben. Da der Bundesrat dem Gesetz ebenfalls zustimmen will, kann die Grundgesetzänderung noch im Sommer in Kraft treten. Der Deutsche Tierschutzbund übergab der Parteivorsitzenden Angela Merkel im Vorfeld der Parlamentsentscheidung eine umfangreiche Unterschriftenliste. „Unser jahrzehntelanger Kampf endet erfolgreich“, erklärte dazu Tierschutzbund-Präsident Wolfgang Apel.

ANGELA MERKEL:

Für eine konsequente Umsetzung des **Staatsziels** Tierschutz

Der Schutz der Tiere bewegt viele Menschen. Die Bürger sind zurecht empört, wenn Tiere gequält und misshandelt oder vermeidbaren Leiden ausgesetzt werden. Tiere sind Mitgeschöpfe. Ein wirklich verantwortlicher Umgang mit ihnen zeichnet eine Gesellschaft aus, die Respekt vor den natürlichen Lebensgrundlagen hat.

Der Bundesvorstand hat im März vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Schächten die Frage der Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz diskutiert und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Zustimmung empfohlen. Daraufhin haben die Abgeordneten von CDU und CSU bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag am 17. Mai mit großer Mehrheit für eine Ergänzung des Artikels 20a des Grundgesetzes um die Wörter „und die Tiere“ votiert.

In ihrem Regierungsprogramm für die Jahre 2002 bis 2006 bekräftigt die Union ihren Willen, sich für eine konsequente Umsetzung

des nun bald in der Verfassung als Staatsziel verankerten Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere einzusetzen.

Tiere sind Mitgeschöpfe

Über die Verfassungsfrage hinaus ist der Tierschutz für die CDU seit langem ein wichtiges Thema. Zahlreiche Verbesserungen des Tierschutzes konnten in der Regierungszeit der CDU von 1982 bis 1998 erreicht werden. Unser weltweit vorbildliches Tierschutzgesetz ist weitgehend durch die Novelle von 1986 entstanden. Damals ist unter der CDUgeführten Bundesregierung verankert worden, dass Tiere Mitgeschöpfe des Menschen sind. 1990 wurde durch eine Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuches unmissverständlich klargestellt, dass Tiere keine Sachen sind, sondern auch im Zivilrecht als Lebewesen anerkannt werden.

Die CDU hat die Forschung von Ersatzmethoden zum Tierversuch stark gefördert mit dem Ergebnis,

dass die Tierversuchszahlen in den neunziger Jahren kontinuierlich gesunken sind. Schließlich sind in der CDU-Regierungszeit Tierversuche bei der Entwicklung von Kosmetika verboten worden. Die Freiheitsstrafen bei Vergehen gegen das Tierschutzgesetz wurden erhöht, die Haltungsvorschriften für Nutztiere verschärft und von Menschen, die gewerbsmäßig mit Tieren umgehen, Sachkundenachweise und Prüfungen verlangt.

Wir sind bestrebt, unseren hohen Standard europaweit zu verwirklichen, denn viele Tierschutzprobleme können letztlich nur im Rahmen einer Abstimmung innerhalb der Europäischen Union gelöst werden. Dies gilt z. B. für die Schlachtviehtransporte, deren Dauer wir weiter eingrenzen wollen. Auch fordert die CDU, dass der Tierschutz zu einem Thema bei der laufenden Welthandelsrunde wird. Wenn Tierschutzprobleme gelöst und nicht nur ins Ausland verlagert werden sollen, brauchen wir internationale Regelungen. **UD**

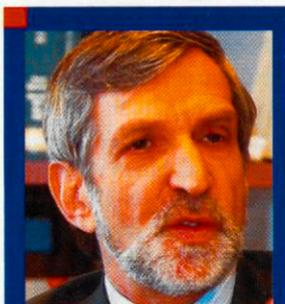
SHIMON STEIN:

Deutsch-israelische Beziehungen im Zeichen von Solidarität und **Verbundenheit**

Frage: Herr Botschaften, Sie versuchen ja nicht nur, die Politik Israels hier bei uns in Deutschland verständlich zu machen. Gleichzeitig wird in Israel von Ihnen erwartet, dass Sie Ihrer Regierung Beschreibungen der deutschen Politik und deutscher Interessen geben. Sie wären damit auch eine „deutsche Stimme“ in Israel. Wie sähe heute Ihre Beschreibung der deutschen Haltung im Nahost-Konflikt aus?

Shimon Stein: Zunächst weiß ich nicht, ob ich eine „deutsche Stimme“ in Israel bin. Aber Sie haben recht: Es gehört zu unseren Aufgaben, die israelische Regierung über die Nahostpolitik Deutschlands zu informieren.

Die Nahost-Debatte im Deutschen Bundestag am 25. April hat gezeigt: Die großen Parteien zeichnet ein weitgehender Konsens in mehreren wichtigen Punk-



UID-Interview
mit Shimon Stein,
dem Botschafter
Israels in
Deutschland
am 16. Mai

Fotos: Uta Rademacher

ten aus: ■ einmal die Auffassung von den besonderen Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel ■ dann die Anerkennung des Rechts des israelischen Staates, in gesicherten Grenzen zu leben, und schließlich ■ das Eintreten für einen palästinensischen Staat. Wir registrieren darüber hinaus, dass die Bundesregierung versucht, dieser Haltung auch innerhalb der Europäischen Union Geltung zu verschaffen. Ich glaube aber, wie der deutsche Ausseminister öf-

ter betont hat, man soll, was die deutsche Rolle in Nahost betrifft, bescheiden sein. Europa hat eine ergänzende Rolle zu den USA gespielt und wird sie auch weiter spielen.

Frage: Man soll bescheiden sein, sagen Sie. Liegt dem zugrunde, was in den beiden Sätzen zum Ausdruck kommt, die auch Edmund Stoiber in der Bundestagsdebatte vom 25. April formuliert hat: ■ „Wir stehen ohne Einschränkung zum Existenzrecht Israels in Frieden und gesicherten Grenzen.“ ■ Und: „Wir unterstützen die Ansprüche des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.“

Shimon Stein: Bei dem Konflikt geht es nicht darum, ob es zu einem palästinensischen Staat kommen wird oder nicht. Es geht darum, dass dieser Staat nicht auf Kosten der Sicherheit Israels entstehen darf. Unser Hauptziel ist deshalb

heute: dem Terror Einhalt zu gebieten. Die Palästinenser müssen sich klar davon distanzieren. Er muss auch wirklich aufhören. Dann erst wird es eine Entwicklung geben können, die in einen Friedensprozess einmündet.

Ich erinnere daran: Ministerpräsident Barak hat im Jahr 2000 den Palästinensern ein weitgehendes Angebot gemacht. Am Ende sollte nach seinen Vorstellungen ein palästinensischer Staat stehen. Es war die verhängnisvolle Entscheidung Arafats, dieses Angebot abzulehnen. Mit den Folgen dieser Ablehnung haben wir es heute zu tun.

Frage: In Deutschland wird das, was Sie sagen, anders wahrgenommen. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer hat zum Schluss seiner Rede bei der Kundgebung des Zentralrats der Juden in Deutschland am 10. April in Frankfurt am Main Jitzhak Rabin zitiert: „Für Krieg braucht es nur eine Seite, für Frieden zwei.“ Zum Friedenswillen Israels brauche ich Ihnen keine Frage zu stellen. Aber alle, die Ihrem Land Frieden wünschen, warten auf eine

Initiative Israels. Wann kommt sie? Und wie wird sie aussehen?

Shimon Stein: Dass wir für den Frieden sind, haben wir bewiesen. Und wir waren bereit, einen Preis dafür zu zahlen – nur nicht jeden Preis. Wer Frieden will, muss auch ein Risiko eingehen, aber kein unakzeptables.

Ich will deshalb noch einmal auf das Angebot zurückkommen, das vor gerade erst 19 Monaten in Camp David unser damaliger Ministerpräsident gemacht hat: ein großzügiges Angebot.

Das Angebot sah einen ■ Rückzug Israels aus 96 Prozent des von den Palästinensern beanspruchten Gebietes vor, ■ Aufräumung des Großteils der Siedlungen, ■ die de-facto-Teilung Jerusalems mit einer Lösung auf dem Tempelberg und ■ einen Vorschlag zur Lösung des Flüchtlingsproblems. Es wurde abgelehnt. Und alle diejenigen, die Israel kritisieren, sollten Arafat die Frage stellen: „Warum?“ Geht es Arafat um etwas ganz anderes als um den Staat, den er längst hätte haben können – um etwas, wofür das er bereit ist, Terror einzusetzen, sowohl unschuldige Zivilisten in Israel zu ermorden als auch große Verluste auf

palästinensischer Seite in Kauf zu nehmen?

Frage: Haben Sie eine Vorstellung davon, welches Ziel Arafat verfolgt?

Shimon Stein: Ich glaube: Klare Antworten auf diese Frage können auch wir Ihnen nicht geben. Es wird immer wieder der Eindruck erweckt, als wäre die israelische Siedlungspolitik der Dreh- und Angelpunkt des Konflikts und es werde so lange keinen Frieden geben, wie Israel an diesen Siedlungsgebieten festhalte.

Der Staat Israel existiert seit 54 Jahren. Zwischen 1948 und 1976 gab es keine Besatzung. Ich frage: Warum gab es auch in diesen Jahren keinen Frieden zwischen den Arabischen Staaten und Israel?

Und ich frage: Wenn der palästinensische Staat wirklich das eigentliche Ziel gewesen sein sollte, warum haben Ägypten und Jordanien, als sie den Gaza-Streifen und die Westbank unter Kontrolle hatten, den Palästinensern diesen Staat nicht angeboten?

Die PLO ist ja nicht das Ergebnis israelischer Besatzung. Sie wurde 1964 gegründet, und zwar mit dem

erklärten Ziel den jüdischen Staat zu liquidieren.

Ich frage deshalb vor allem: Sind die arabischen Staaten überhaupt dazu bereit, im Nahen Osten einen jüdischen Staat zu akzeptieren, zu tolerieren und zu legitimieren? Noch heute werden Sie von Arafat auf diese Frage – ob die Juden ein Volk sind, ob dieses Volk in einem von allen andern anerkannten Staat leben soll – keine klare Antwort erhalten.

Frage: Ich hatte Sie nach der Beschreibung der deutschen Haltung im Nahost-Konflikt gefragt, die Sie heute geben würden. Nachgefragt: Gibt es Unterschiede der deutschen Parteien in dieser Haltung, und worin bestehen diese Unterschiede?

Shimon Stein: Mit Ausnahme der PDS, die noch ein Stück Aufarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit zu leisten hat, bewegen sich alle andern deutschen Parteien auf einem breiten Feld von Konsens und Kontinuität – mit Abweichungen nur in Nuancen. An der Übereinstimmung in den *essentials* Besonderheit deutsch-israelischer Beziehungen und Existenzrecht Israels ändert das nichts.

Frage: In der Nahost-Debatte vom 25. April gibt es in einem Punkt einen sehr deutlichen Unterschied. Edmund Stoiber hat ihn mit den Worten ausgedrückt: „Einen Einsatz deutscher Soldaten im Nahost-Konflikt wird es mit unserer Zustimmung nicht geben.“ Wie schätzen Sie den entsprechenden Vorschlag des Bundeskanzlers ein, den der Kanzlerkandidat der Union so entschieden ablehnt?

Shimon Stein: Es geht hier um die prinzipielle Frage, ob deutsche Truppen im Ausland eingesetzt werden sollen, und um eine psychologische Barriere, die die jüngere deutsche Geschichte errichtet hat. Was den Balkan betrifft, war das Thema auch schon emotional beladen. Deutsche Truppen außerhalb Europas – in Afghanistan, am Golf, im Nahen Osten: das ist deshalb zunächst einmal eine Frage, die die Deutschen an sich selbst stellen müssen, die Frage nämlich: Kann Deutschland

die grundsätzliche Entscheidung unbeeinflusst von historischen Motiven treffen?

In Bezug auf den Nahen Osten ist die Frage heute nicht aktuell. Aber man kann für die Zukunft nicht ausschließen, was heute noch völlig ausgeschlossen ist.

Deutsche Beteiligung – bei der Diskussion darüber geht es jedoch eigentlich um etwas anderes: um eine internationale Begleitung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Und da vertrete ich die Auffassung: Bei den Folgen einer Lösung ist eine internationale Begleitung von großer Bedeutung und auch notwendig. Diese Be-



Dass wir für den Frieden sind, haben wir bewiesen.



Kritik muss glaubwürdig, fundiert und konstruktiv sein.

gleitung wird aber erst nach einem Abkommen fällig. Sie wird nicht nur militärischer, sondern auch politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur sein.

Frage: In der deutschen Diskussion ist wieder das Thema Antisemitismus aufgetaucht und hat sich – irgendwie – mit dem Nahost-Konflikt verbunden. Ist der Begriff in dieser Verbindung angebracht?

Shimon Stein: Antisemitismus hat mit dem Konflikt direkt nichts zu tun. Wer uns für unsere Politik kritisiert, ist nicht automatisch Antise-

mit. Es gibt allerdings Spielregeln, an die sich auch Kritik halten muss: Sie muss glaubwürdig, fundiert und konstruktiv sein, sich an den Fakten orientieren, den Empfänger von Kritik nachdenklich stimmen und ihn sogar umstimmen können. Eine solche Kritik

wäre weder antisemitisch noch anti-israelisch.

Es gibt aber auch Kritik ganz anderer Art, bei der allein der Gebrauch bestimmter Worte schon zu denken gibt. Es beginnt damit, dass auch den Juden in Deutschland die Schuld am Nahost-Konflikt gegeben wird, für etwas, womit sie gar nichts zu tun haben. Gleichzeitig ist von „jüdischer“ bzw. „zionistischer Lobby“ die Rede, wird die alte Weltverschwörung beschworen und dem palästinensischen Terror Verständnis entgegen gebracht.

Es handelt sich dabei um eine neue Art von Antisemitismus, der heute nicht auf den einzelnen Juden zielt, sondern auf den Staat Israel – seit Jahren an dem systematischen Versuch innerhalb von Teilen der islamischen und arabischen Welt zu erken-

nen, Israel zu delegitimieren und aus der Völkergemeinschaft auszuschließen. Das fand auf der Konferenz in Durban statt, das findet in Debatten der UNO und in verschiedenen anderen Zusammenhängen statt.

Frage: Vielen Dank, Herr Botschafter, für das Gespräch. Zum Schluss möchte ich nur noch eins wissen: Habe ich Sie nach allem Wichtigsten gefragt?

Shimon Stein: Ja – aber noch eine Sache: Gestern kam der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl von einer Israel-Reise zurück. Er war Gast der Ben-Gurion-Universität und hat die Laudatio auf Friede Springer gehalten, die dort mit dem Ehrendokortitel ausgezeichnet worden ist.

Sein Besuch ist für uns zu diesem Zeitpunkt von großer Bedeutung: ein Zeichen der Solidarität und der Verbundenheit, ein schöner Beweis für die Kontinuität guter Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Daran war Helmut Kohl gelegen, daran war immer schon der Union gelegen – und auch heute wieder mit Edmund Stoiber, Angela Merkel und Friedrich Merz.

UD

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

SPD-WAHLKAMPF

Alarmstufe dunkelrot

Die SPD erwacht langsam aus dem politischen Tiefschlaf. Vor sechs Monaten hatten sich Bundeskanzler und Regierungspartei von der Berliner Bühne in dem Glauben verabschiedet, der 22. September sei bereits gelaufen. Diese Überheblichkeit wurde durch die Benennung Edmiund Stoibers zum Unions-Kanzlerkandidaten gestärkt. Aber der politisch erfahrene Bayer ließ sich nicht in die rechte Ecke drängen, die Wirtschaft boomte nicht, und die Kölner Genossen sorgten mit dem Spendenskandal für einen veritablen Scherbenhaufen. Erstmals seit seinem Amtsantritt als SPD-Chef geriet Schröder in innerparteiliche Kritik. Für die SPD gilt Alarmstufe dunkelrot. Mit einem Persönlichkeitswahlkampf allein wird er Stoiber nicht bezwingen können. Das Ansehen des Herausforderers ist zu hoch.

General-Anzeiger, Bonn

K.-H. SCHREIBER

Parlamentsrecht nach Belieben gebeugt

Die Parteistrategen tricksen herum und beugen das Parlamentsrecht nach Belieben, nur um dem Anschein nach an ein ihnen genehmes – und offenbar für lebenswichtig erachtetes – Ergebnis zu kommen. War schon die Reise eines Rumpfausschusses zur Anhörung des mit Haftbefehl gesuchten Geschäftsmachers Schreiber eine Farce, so wird sie nach den angeblich brisanten Aussagen über heimliche Geldgeschenke an die CSU zum Skandal.

Frankfurter Allgemeine

JOHANNES RAU

In zu großen Schuhen

Ein Ruck wird nicht durch Deutschland gehen, nachdem der Bundespräsident in seiner „Berliner Rede“ über Wohl und Wehe der Globali-

sierung gesprochen hat. Die Schuhe, die Alt-Präsident Roman Herzog vor fünf Jahren mit seinem Anti-Bürokratie-Appell hingestellt hat, sind für den Nachfolger einfach zu groß. Auch in einer globalisierten Welt müsse es nach freiheitlichem Recht zugehen. Wer möchte dem Präsidenten dabei schon widersprechen. Aber – wie fast immer bei Rau – das letzte entscheidende Wort wird von diesem Präsidenten nicht gesprochen.

Leipziger Volkszeitung

STEUERSCHÄTZUNG

Zweckoptimismus

Schlechte Nachrichten: Bund, Länder und Kommunen müssen bis 2005 mit 65,3 Milliarden Euro weniger Steuereinkommen klarkommen als bei der letzten Schätzung angenommen. Der Finanzminister scheint sich von den Zahlen nicht aus dem Konzept bringen zu lassen. Das Ziel, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sei ohne

NEU

Gründungsjahr 1996

WIRTSCHAFTSZEITUNG
INTERNATIONALE
WIRTSCHAFTSZEITUNG

neue Einschnitte zu erreichen. Dass die Regierung im Wahlkampf davor zurückschreckt, unpopuläre Maßnahmen anzukündigen, ist nachvollziehbar. Dennoch ist Eichels Zweckoptimismus fehl am Platz.

Financial Times

IN ISRAEL

Gerade jetzt

Weit abseits vom Getöse des Expertenstreits um den Umfang eines „neuen Antisemitismus“ in Europa erklangen ermutigendere Töne von Freundschaft und Versöhnung in Erzvater Abrahams letztem Wohnsitz, Beer Sheva im Negev, dem Süden Israels. Friede Springer, Witwe und Weggenossin des Verlegers, der der Sache der deutsch-jüdischen Annäherung wie kein Zweiter ergeben war, erhielt vor wenigen Tagen den Ehrendokortitel der Ben-Gurion-Universität. Die Zeremonie war eine Demonstration der Solidarität bedeutender Deutscher mit Israel in schweren Tagen. Es

war Friede Springers 46. Besuch in Israel. Zu ihrer Überraschung übergab Ehrengast Helmut Kohl die Urkunde und hielt die Laudatio. Vor acht Jahren hatte auch er in einer Feierstunde am Grabe von Ben Gurion das Ehrendoktorat der Universität für seine unvergleichliche Hilfe und staatsmännische Unterstützung des Staates Israel erhalten. „Gerade jetzt“, betonte er, „will ich hier sein.“ Trotz aller Tragik und Not des Augenblicks ein Optimist. Welt am Sonntag

BENESCH-DEKRETE

Menschenverachtung

Das hat dem fragilen deutsch-tschischem Verhältnis gerade noch gefehlt: dass Zynismus die politisch-moralische Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Sudetendeutschen ersetzt. Ministerpräsident Milos Zeman und sein Vize Vladimir Spidla haben mit ihren spöttischen Einlassungen eine neue Runde im Streit um die berüchtigten Benesch-De-

krete eröffnet. Ausgerechnet bei einer Gedenkfeier im ehemaligen KZ Theresienstadt meinte Zeman sagen zu müssen, die Ausweisung der Sudetendeutschen habe den Betroffenen weder geschadet noch genützt („Sie wollten heim ins Reich, und so gingen sie auch“). Das ist Menschenverachtung pur. Und dass Zemans möglicher Nachfolger Spidla den „Abschub“ der ehemaligen Mitbewohner eine der „Quellen des Friedens“ nennt, zeigt an, dass auch nach den tschechischen Wahlen kaum mit einer rhetorischen Abrüstung zu rechnen ist. Die als Versöhnungsdokument hochgejubelte deutsch-tschechische Erklärung von 1997 scheint Makulatur. Mit dem Geist des Vertrags von 1992, der beide Seiten ausdrücklich zu guter Nachbarschaft verpflichtet, sind solche Tiraden ebenfalls nicht zu vereinbaren. Das hat Edmund Stoiber klargestellt. Die Prager politische Klasse muss ihn ja nicht mögen. Aber es wird ihr schwer fallen, ihm und den Nachdenklichen im eigenen Land zu widersprechen. Die Welt

**E.S.
ist soweit!**

Edmund Stoiber for Bundeskanzler.

**Postkarte „E. S.“ ist so weit:
Edmund Stoiber for Bundeskanzler**

100 Expl.

Best.-Nr.: **9884**

6,50 € (7,54 €)

Schröder ist schuld.

Postkarte

„Schröder ist Schuld“

100 Expl.

Best.-Nr.: **9885**

6,50 € (7,54 €)

**Wer die Qual hat,
hat die Wahl!**

Postkarte

„Wer die Qual hat, hat die Wahl!“

100 Expl.

Best.-Nr.: **9886**

6,50 € (7,54 €)

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

UID

Union Betriebs
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche
Entgelt bezahlt

ABO 2600-5-42720 KV 1239 513
G 8398
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Die neue Wandzeitung

Schönen Sommer!
Und im Herbst kommt Hoch „Edmund“.



Zeit für Taten.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.